Entschluss des Nationalkongresses vom 18. März 2018

Der wirtschaftliche Aufschwung Luxemburgs darf weder über die zahlreichen Probleme in der luxemburgischen Gesellschaft hinwegtäuschen, noch die Sicht auf die bedeutenden nationalen und internationalen Zukunftsherausforderungen verdecken.

Der Anteil der Erwerbstätigkeit durch Löhne gegenüber dem Kapital bei der Schaffung des Reichtums ist in Luxemburg langfristig niedriger als bei den Nachbarländern. Die Schere zwischen den Vermögendsten und der Mehrheit der Bevölkerung wächst kontinuierlich und verschärft die soziale Spaltung. Mit 16,5% hat das Armutsrisiko 2016 ein neues Rekordniveau erreicht, während die reichen Schichten gemessen an ihren Möglichkeiten immer weniger Steuern zahlen. Die Unternehmen ihrerseits wurden immer weiter ihrer fiskalischen Verantwortung enthoben. Während Anfang der 1980er Jahre in Luxemburg noch 2/3 der Steuereinkünfte von den Unternehmen und 1/3 von den Erwerbstätigen kam, hat sich dieses Verhältnis mittlerweile umgedreht. Dadurch werden die Sozialsysteme und die staatlichen Dienstleistungen immer weiter abgebaut, was wiederum den Druck auf die Menschen am unteren Ende der sozialen Skala erhöht.

Hinzu kommt, dass der ökologische Countdown läuft. Luxemburg hat einen Ressourcenverbrauch pro Kopf der weit höher liegt, als dem Land zusteht. Die relativen Emissionswerte an Treibhausgasen gehören zu den höchsten der Erde. Die mangelhafte Qualität der Luft, des Wassers und der Böden, sowie die Verarmung der Biodiversität sind offensichtlich und die Schuld gegenüber den zukünftigen Generationen wird ohne eine Wende hin zu einem nachhaltigen Wachstum weiter anwachsen.

Das extensive Wachstum der letzten Jahre wurde von den öffentlichen Behörden schlecht begleitet. Das Land weist einen enormen Rückstand auf beim Wohnungsbau und beim öffentlichen Transport, sowie bei der Umsetzung der Energiewende, die nur sehr langsam vorankommt. Auch das Bildungssystem ist nicht ausreichend an die Bedürfnisse einer heterogenen Bevölkerung angepasst. Einer Politik, die nur auf eine Maximierung des Profits ausgerichtet ist, stehen öffentliche Investitionen gegenüber, die nicht ausreichen, um die Zukunft vorzubereiten.

Die wichtigste monetäre Einnahmequelle des Landes, der Finanzplatz, ist teilweise auf Treibsand gebaut. Der internationale Druck wächst auf gewisse Aktivitäten der Steuervermeidung, die dem Land einen zweifelhaften Ruf eingebracht haben. Die Abhängigkeit des Staatshaushaltes vom Finanzsektor in Höhe von rund 30% setzt die Wirtschaft externen Schocks aus, die sehr schnell die Reaktionsfähigkeit des Landes übersteigen könnten: Jede neue internationale Finanzkrise hat das Potenzial in Luxemburg eine schwere wirtschaftliche und soziale Krise auszulösen.

Immer mehr Menschen haben das Gefühl, dass ihr Alltag endlosen Runden im Hamsterrad gleicht, unter anderem wegen dem ungezügelten Anstieg der Wohnungspreise, die einen immer größeren Teil der Einkommen aufbraucht. In einer extremen Konkurrenz- und Wettbewerbssituation, die durch die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes noch zusätzlich verschärft wird, führt die Intensität der Arbeitswelt und der Mangel an Freizeit oft zu psychologischer Erschöpfung und schadet dem Familienleben. Die grundlegenden Werte des menschlichen Austausches und der Solidarität machen einer schleichenden Enthumanisierung der Gesellschaft Platz, die zu steigenden rassistischen und fremdenfeindlichen Tendenzen führt.

Die sozialen und ökologischen Gräben werden durch ein demokratisches Defizit vertieft, nicht nur was den Anteil der Bevölkerung betrifft, der das Wahlrecht besitzt, sondern auch was die Teilnahme aller Bürgerinnen und Bürger an den wirtschaftlichen Entscheidungen anbelangt, sowie die intransparente Funktionsweise der Institutionen.

Man kommt nicht umhin festzustellen, dass das derzeitige Modell langfristig nicht haltbar ist, weder in wirtschaftlicher, noch in ökologischer und sozialer Hinsicht. In dieser Optik geht es bei den Wahlen 2018 nicht nur darum, wie wir die aktuellen Probleme lösen können, sondern grundsätzlich um die Frage, welches Land wir unseren Kindern und Enkelkindern hinterlassen wollen.

Eine alternative Vision die notwendig und wünschenswert ist

Die programmatische Erschöpfung der konservativen und liberalen Parteien im Umgang mit einem neoliberalen Modell, das sie umgesetzt haben und weiterhin verteidigen, hat zu einer politischen Resignation in der Bevölkerung und zu rechtsextremen Tendenzen geführt. Dabei liegt es an den Bürgerinnen und Bürgern, angesichts der zahlreichen Herausforderungen jene Gesellschaft zu formen, in der sie leben möchten. Es ist demnach an der Zeit, eine neue politische Ambition zu entwickeln, die Zukunft anzugehen und die Fundamente für eine Gesellschaft zu legen, in der die Macht real von der Bevölkerung ausgeht und auf das alleinige Ziel einer materiellen, sozialen und kulturellen Emanzipation ausgerichtet ist.

Wir sind uns bewusst, dass grundlegende wirtschaftliche, politische und soziale Veränderungen nur durch eine Mobilisierung der produktiven und kreativen Schichten der Gesellschaft möglich sind. Politische Macht kann nur durch eine Teilhabe derer ausgeübt werden, die an der Basis der Schaffung von materiellem und immateriellem Reichtum stehen, der ihnen im Prinzip auch gehören sollte. In diesem Sinn unterstützen und fördern wir jeglichen sozialen Kampf der Gewerkschaften und der sozialen Bewegungen. *déi Lénk* will sich in der Tat an diesem Kampf für eine neue Gesellschaft beteiligen:

- Eine Gesellschaft mit einer lebendigen Demokratie, sowohl in der Wirtschaft als auch auf dem Arbeitsplatz, mit sozialen Beziehungen die auf Gleichheit und Zusammenarbeit aufgebaut sind und in der die individuelle Entfaltung gefördert wird. Eine Gesellschaft, die der Kommerzialisierung aller Lebensbereiche entgegentritt und sich vorrangig für eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen einsetzt;

- Eine Gesellschaft, die das Bestreben der zukünftigen Generationen respektiert indem sie auf erneuerbare Energien setzt und die Verschwendung von Rohstoffen beendet. Eine Gesellschaft, die sich für den Schutz der Umwelt und für eine Landwirtschaft einsetzt, die auf schädliche chemische Produkte verzichtet;

- Eine Gesellschaft, in der Steuergerechtigkeit herrscht, die die Lasten nach den Fähigkeiten des Einzelnen verteilt, zum Gemeinwohl beizutragen, ohne die Möglichkeit, sich seiner Verantwortung zu entziehen. Eine Gesellschaft, die ihren Reichtum auf ehrliche Weise erwirtschaftet, mit einem starken öffentlichen Dienst und einer robusten sozialen Absicherung die eine reelle soziale Entfaltung ermöglicht. Eine Gesellschaft, in der der Mensch im Mittelpunkt steht, die sich ihrer Verantwortung bewusst ist und nach einer friedlichen Welt trachtet, beruhend auf einer gerechteren Wirtschaftsordnung und einer solidarischen Zusammenarbeit der Völker.

Das aktuelle ökonomische Modell, das vor allem auf den Kräften der Märkte, der bedingungslosen Konkurrenz und der Allmacht der Finanzmärkte aufbaut, ist unfähig die derzeitigen sozialen und umweltpolitischen Probleme zu lösen. Deshalb ist es dringend nötig, verbindliche Regeln einzuführen, um den Kräften des Kapitals zugunsten des Allgemeinwohls Grenzen aufzuzeigen. Der Einfluss und die Verantwortung der öffentlichen Hand bei wirtschaftspolitischen Entscheidungen muss gestärkt werden.

Konkrete Vorschläge für ein ambitioniertes und glaubwürdiges Programm

Ausgehend von den vorangegangenen Betrachtungen haben die Mitglieder von déi Lénk auf dem Nationalkongress vom 18. März 2018 entschieden, für die nächste Legislativperiode 2018-2023 ein ambitioniertes und glaubwürdiges Programm für eine Transition der luxemburgischen Gesellschaft vorzulegen, das folgende Schwerpunkte enthält:

Eine ökologisch-verantwortungsvolle Wirtschaft im Dienst der Allgemeinheit

- Unsere Wirtschaft umbauen indem wir schädliche Souveränitätsnischen des Finanzsektors aufgeben und stärker auf Aktivitäten setzen im Bereich der ökologischen Transition, sowie auf den Ausbau der Industrie, vor allem der ökologisch nachhaltigen Industrie, des Handwerks, des Einzelhandels, der lokalen Landwirtschaft, der Solidarwirtschaft, der Forschung und anderer Bereiche, die das Potential des Landes aufwerten. Dieser Umbau der Wirtschaft, der auch auf eine ehrliche grenzüberschreitende Zusammenarbeit ausgerichtet ist, muss der gesamten Bevölkerung zugutekommen.
- Die demokratische Kontrolle und Aneignung über die neuen Technologien wiedererlangen, um eine gemeinschaftliche digitale Wirtschaft zu fördern, die ökologisch und sozial verantwortlich ist.
- Die demokratische Mitbestimmung bei der wirtschaftlichen Entwicklung stärken, unter anderem durch eine Debatte über Wirtschaftssektoren, die einen bedeutenden sozialen und ökologischen Mehrwert haben.
- Die Finanzaktivitäten im Bereich der Steuervermeidung bekämpfen durch eine proaktive Zusammenarbeit mit den internationalen Instanzen im Rahmen der internationalen Bestrebungen gegen Steuerflucht und Steuervermeidung
- Die Staatseinahmen wesentlich ausweiten durch eine Erhöhung der Steuerlast für die reichsten Bevölkerungsteile und die großen Betriebe und Unternehmen.

Ein umsetzbares soziales und ökologisches Modell

- Eine Aufwertung und gerechte Verteilung der Arbeit umsetzen durch eine Erhöhung des Mindestlohnes, eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit und Verbesserung der Arbeitsbedingungen, damit die Autonomie und die persönliche Entfaltung der Arbeiterinnen und Arbeiter gestärkt wird und das Familienleben besser mit der Arbeit in Einklang gebracht werden kann.
- Den Zugang zur Arbeitswelt für alle Bürgerinnen und Bürger garantieren, indem das einheitliche Sozialsystem ausgebaut und dauerhaft abgesichert wird.
- Das Infrastrukturangebot und die öffentlichen Dienstleistungen ausbauen, unter anderem durch einen kostenlosen Zugang zu den öffentlichen Verkehrsmitteln und der Kinderbetreuung, sowie eine Verallgemeinerung der unmittelbaren Kostenabrechnung durch die Krankenkasse (tiers payant).
- Die Digitalisierung der Wirtschaft, der Information und der Kommunikation begleiten durch die die Gewährleistung des Zugangs zu informatischem Material, durch die digitale Alphabetisierung für alle sowie durch ein öffentliches Angebot an Weiterbildungen.
- Das Recht auf Wohnen umsetzen durch eine deutliche Erhöhung des öffentlichen Baus von qualitativ guten und bezahlbaren Wohnungen, unter anderem durch Investitionen des Rentenfonds;
- Die staatlichen Ausgaben erhöhen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien und eine Verbesserung der Energieeffizienz.
- Den Schutz und die Qualität der Umwelt verbessern, unter anderem durch eine Verstärkung des Gesetzesrahmens, einer Besteuerung auf der Verschwendung von Rohstoffen und durch die Förderung einer Landwirtschaft ohne schädliche chemische Produkte und ohne Massentierhaltung.
- Den Schutz der Privatsphäre und insbesondere den Schutz von persönlichen Daten angesichts der neuen Überwachungs- und Sicherheitstechnologien und der zunehmenden Kommerzialisierung des Privatlebens durch digitale Technologien sicherstellen.

Eine egalitäre Gesellschaft, welche die Menschen einbindet

- Den Zugang zur Kultur für alle garantieren und das öffentliche Bildungswesen zu einem Garanten machen für die persönliche Entfaltung und den Zugang zu einer sozioökomisch stabilen Lebenslage.
- Eine wirkliche Bildungsreform einleiten, die auf dem Modell der gemeinsamen Grundlage beruht (tronc commun).
- Die Organisation der Universität demokratisieren und eine nationale Forschungsstrategie entwickeln, die einerseits zur Diversifizierung der Wirtschaft beiträgt, aber auch zur Grundlagenforschung über gesellschaftliche und soziale Problemfelder, sowie über die Herausforderungen die sich stellen bei dem Ziel, die Lebensbedingungen der Bevölkerung zu verbessern.
- Die materiellen und personellen Ressourcen im Bildungswesen erhöhen, um den spezifischen Bedürfnissen aller Kinder gerecht zu werden.
- Die Lebensperspektiven der Jugendlichen verbessern durch eine Vereinfachung des Zugangs zum Wohnen, durch eine Eindämmung der unbezahlten Praktika und durch die Einführung des Prinzips des „Staates als Arbeitgeber in letzter Instanz“ (l’Etat employeur en dernier ressort).
- Die Beziehungen mit den Ländern des globalen Südens grundlegend ändern, um diesen eine freie und gerechte Entwicklung zu ermöglichen und somit den Kapitalstrom von Süden nach Norden sowie die Schuldenspirale zu beenden.
- Die Mitbestimmung aller bei den Entscheidungsprozessen auf allen Ebenen des öffentlichen Lebens und des Arbeitsplatzes stärken und das assoziative Engagement im Dienst einer egalitären Gesellschaft unterstützen.
- Die Aufnahme von Flüchtlingen verbessern durch eine Vereinfachung der Prozedur für die Beantragung des internationalen Schutzes sowie einer Erleichterung des Zugangs zum Wohnungs- und Arbeitsmarktes, um ihnen ein autonomes Leben in Sicherheit zu ermöglichen. Das Recht auf Familienzusammenführung und auf Weiterbildungsmöglichkeiten muss verbessert werden.
- Den kostenlosen Zugang zu einem öffentlichen Gesundheitssystem garantieren, dass auf die unterschiedlichen Bedürfnisse älterer Menschen und aller bedürftigen Personen ausgerichtet ist und sich auf das Recht auf Selbstbestimmung aller betroffenen Personen konzentriert.
- Gegen die Prekarität von Frauen und Alleinerziehenden kämpfen sowie die Lohngleichheit zwischen Frau und Mann realisieren.
- Eine öffentliche Politik führen, die einen institutionellen, kulturellen und sozialen Rahmen schafft, um die Gleichberechtigung von Mann und Frau auf der Arbeit und in der Familie zu gewährleisten.